

2100-0443

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.a Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 25. März 2026

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Margit Paul-Kientzl,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend
„Pfandsystem für Batterien und Akkus zur Verbesserung der Sammelquote
und zur Reduktion von Brandgefahren“**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Pfandsystem für Batterien und Akkus zur Verbesserung der Sammelquote und zur Reduktion von Brandgefahren“

Batterien und Akkus sind aus dem modernen Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie finden sich unter anderem in Smartphones, Laptops, Elektrogeräten, Spielzeug oder auch in elektronischen Grußkarten. Gleichzeitig steigt damit auch die Menge an Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus, die am Ende ihrer Lebensdauer entsorgt werden müssen.

Die korrekte Entsorgung dieser Energieträger stellt jedoch zunehmend ein Problem dar. Schätzungen zufolge gelangen in Österreich jährlich rund drei Millionen Lithiumbatterien in den Restmüll, statt über die vorgesehenen Sammelsysteme entsorgt zu werden. Dadurch gehen nicht nur wertvolle Rohstoffe für die Kreislaufwirtschaft verloren, sondern es entstehen auch erhebliche Sicherheitsrisiken.

Lithiumbatterien und -akkus können bei mechanischer Beschädigung oder falscher Entsorgung chemische Reaktionen auslösen, die zu starker Hitzeentwicklung und Bränden führen. Besonders in der Abfallwirtschaft stellt dies ein wachsendes Risiko dar. Laut Angaben von Entsorgungsunternehmen und Branchenvertretungen kommt es in Österreich mittlerweile bis zu sechsmal täglich zu Bränden im Zusammenhang mit Batterien oder Akkus. Seit 2012 hat sich die Zahl solcher Brandereignisse mehr als verfünffacht.

Diese Brände verursachen nicht nur hohe wirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe, sondern gefährden auch die Sicherheit von Beschäftigten in der Abfallwirtschaft sowie Einsatzkräften der Feuerwehr. Darüber hinaus können bei solchen Bränden erhebliche Umweltbelastungen entstehen, etwa durch Rauchgase oder kontaminiertes Löschwasser.

Auch aus Sicht der Kreislaufwirtschaft besteht dringender Handlungsbedarf. Im Jahr 2022 wurden in Österreich über 7.000 Tonnen Gerätebatterien in Verkehr gebracht, jedoch lediglich rund 2.800 Tonnen getrennt gesammelt. Damit liegt die Sammelquote deutlich unter dem Potenzial. Gleichzeitig sieht die europäische Batterieverordnung vor, dass die Sammelquote für Gerätebatterien künftig deutlich steigen muss – bis zum Jahr 2030 auf 73 Prozent.

Um diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig die steigende Brandgefahr zu reduzieren, wird seitens der Abfallwirtschaft sowie verschiedener Expert*innen die Einführung eines Pfandsystems für Batterien und Akkus diskutiert. Ein solches System könnte

Anreize schaffen, Batterien und Akkus verlässlich zurückzugeben und so sowohl die Sammelquote als auch die Recyclingrate deutlich erhöhen.

Zusätzlich ist eine stärkere Information und Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten über die Risiken falsch entsorgter Lithiumbatterien notwendig. Hersteller sollten daher verpflichtet werden, Endkundinnen und Endkunden umfassender über die potenziellen Brandgefahren sowie über korrekte Entsorgungswege zu informieren.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese soll die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen für Einführung eines Pfandsystems für Batterien und Akkus vorbereiten sowie dem Nationalrat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zuleiten. Darüber hinaus sollen Hersteller verpflichtet werden, Endkundinnen und Endkunden verstärkt über die Brandgefahren und die richtige Entsorgung von Lithiumbatterien und Akkus zu informieren.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Umweltausschuss zuzuweisen.